

Marzahn- Hellersdorf **links**

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

Monatlich stellen wir interessante Personen vor, aus den Reihen der LINKEN oder mit der Partei Sympathisierende. In dieser Ausgabe lernen Sie Johannes Schöche kennen, dem Solidarität mehr als Herzensache ist Seite 2

„Initiative für Kulturarbeit ...“ überschreibt Thomas Flierl, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, seinen Beitrag, in dem er darstellt, wie im Kulturbereich seit 2008 ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor aufgebaut wird Seite 5

Die Seite der Linksjugend Marzahn-Hellersdorf - die 17. in Folge - mit den Themen: Pro und Contra zur geplanten Einrichtung einer zentralen Schülerdatei in Berlin / Kontaktmöglichkeiten für Interessierte und Tipps Seite 7

Bundestagswahl 2009

Petra Pau - Direktkandidatin in Marzahn-Hellersdorf

Auf einer VertreterInnenversammlung Anominierte DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf am 14.1.2009 erneut Petra Pau als die Direktkandidatin für den Wahlkreis 86

(Marzahn-Hellersdorf) für die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag. Wie der Bezirksvorstand seine Empfehlung zur Wiederwahl begründete:

Der Bezirksvorstand empfiehlt Euch, Genossin Petra Pau als Bewerberin für das Direktmandat für den Deutschen Bundestag im Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf zu nominieren. Petra hat unseren

Wahlkreis vor zwei Wahlperioden 2002 nicht einfach von Gregor Gysi „übernommen“. Sie hat das Direktmandat bereits zweimal erfolgreich verteidigt und das mit einem eigenen unverwechselbaren linken politischen Profil. Wir erinnern an die vorletzte Wahlperiode, als nur Petra und Gesine Löttsch durch die Erringung der Direktmandate hier und in Lichtenberg der Einzug für die PDS in den Deutschen Bundestag gelang. Nicht zuletzt den beiden engagierten Frauen, die dort in die hinteren Reihen verbannt wurden, ist es zu verdanken, dass auch in dieser schwierigen Zeit unsere Partei eine Alternative im Bundestag und danach für viele Wählerinnen und Wähler darstellte. Petra und Gesine haben eine Wahlperiode lang im Bundestag unsere Fahne in Ehren gehalten.

In der zu Ende gehenden Wahlperiode ist Petra Pau auch als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages zu einer Politikerin geworden, um die uns andere Parteien wegen

Sozialabbau, gegen den Überwachungsstaat, gegen Rassismus und Rechtsextremismus, ist sie eine Hoffnungsträgerin für viele Menschen in Deutschland.

Petra ist bekannt, man traut ihr zu, und damit unserer Partei, nicht nur Widerstand zu leisten, sondern die Verhältnisse zu bessern.

Mit ihrer erneuten Nominierung setzen wir zu Beginn des Wahljahres in die Partei und die Öffentlichkeit ein politisches Signal.

Petra wird mit unser aller Hilfe nicht nur diesen Wahlkreis erneut gewinnen, sie wird dazu beitragen, dass viele neue Wählerinnen und Wähler in ganz Deutschland der LINKEN ihre Stimme geben. Mit der Nominierung von Petra Pau nehmen wir auch unsere Verantwortung für die Stärkung unserer Partei in Deutschland wahr.

Dem schloss sich die VertreterInnenversammlung an und wählte Petra Pau mit 95,6 % der abgegebenen gültigen Stimmen zur Direktkandidatin der LINKEN.



Petra Pau - wie so oft - unterwegs im Wahlkreis. Hier beim Besuch des Berlin-Brandenburger Bildungswerks, dessen Archiv sich im Bezirk Marzahn-Hellersdorf befindet. Foto: privat

ihres Anklanges unter den verschiedensten WählerInnenschichten beneiden.

Sie ist eine von uns geblieben, und so wird es auch in Zukunft sein.

Petra ist im Wahlkreis, in unserer Partei, im Stadtbezirk fest verankert, sie kennt die Sorgen und Nöte der Menschen, die Probleme in der Kommunalpolitik, sie ist in sehr vielen Fällen, davon zeugen die monatlichen Sprechstunden, Teil ihrer Lösung.

Petra hat konkret viel dafür getan, dass unser Stadtbezirk erfolgreich gegen das ihm absichtsvoll aufgedrückte Klischee, „graue, freudlose Platte“ ankämpfen kann. Wenn es darum geht, unsere Farbe zu zeigen, fehlt Petra nie.

Durch ihre offene verbindliche Art, ihren eigenen linken Kopf, ihre beharrliche Arbeit gegen

Was gibt's noch?

Seite 2:

Zur Person: Johannes Schöche / Petra Pau: Kardinalfehler in der Krise

Seite 3:

Bürgerversammlung in Mahlsdorf-Nord / Gewerkschaftspolitik

Seite 4:

Kommunalpolitisches aus dem Bezirk / Infosplitter / Bezirksgeschichte

Seite 5:

Initiative für Kulturarbeit in Berlin / Themenvielfalt und Partnerschaften / Aus dem Bezirksvorstand

Seite 6:

30 Jahre Marzahn-Hellersdorf / Bildungspolitik / Nachdenken

Seite 7:

Die Jugendseite

Seite 8:

Tipps und Termine

DIE LINKE.

Von anderen Kulturen lernen - Solidarität leben

Im Gespräch mit Johannes Schöche, Vorstandsvorsitzender von SODI, Solidaritätsdienst-international e.V.

Johannes Schöche, Jahrgang 1937, hat als Kind am eigenen Leib erlebt, was der Krieg aus seiner Heimat und vor allem den Menschen gemacht hat. Er erlebte die Bombardements auf Leipzig und sah in der Ferne Dresden brennen. Diese Bilder und den Sirenen-ton wird er nie vergessen können.

Er hat aber auch - wie er sagt - die 50 friedlichsten Jahre deutscher Geschichte nach dem Aufatmen bei Beendigung des Krieges erlebt. Und glücklicherweise gehört er zu der Zwischengeneration ohne Militärdienst. Beides hat ihn geprägt, wie auch das Aufwachsen und Leben in einem Mehrgenerationen-haushalt.

Nach dem Abitur wurde Johannes an die Akademie für Staat und Recht in Babelsberg delegiert. Dass er dort auf eigenen Wunsch Französisch als zweite Fremdsprache lernen durfte, erwies sich für sein weiteres Leben als richtungweisend. Bis 1990 war Schöche im Außenministerium tätig, viele Jahre davon als Diplomat im französisch- und portugiesischsprachigen Afrika (Mali, Obervolta-heute Burkina Faso, Angola, Sao Tomé und Principe). Zunächst allein, später mit Frau und Kindern.

Noch heute spürt man die Liebe zu dem Kontinent, dessen Menschen, Kultur und Entwicklung ihn sehr geprägt haben. Da ist Vieles, dass wir von Afrika aufnehmen kön-



Johannes Schöche gemeinsam mit Christina Emmrich, Bezirksbürgermeisterin von Lichtenberg, bei einem Besuch im Partnerbezirk in Maputo, Mosambik. Foto: Laudahn/SODI

nen, so Johannes Schöche: „Die Fähigkeit und Bereitschaft miteinander zu reden, Kompromissbereitschaft und die Bereitschaft des Aufeinanderzugehens, unabhängig von Sozialisation, als Grundlage einer selbst gestalteten Entwicklung“. Nach seinen Erfahrungen bringt Gewalt keine Lösungen - für Nichts, für Niemanden und Nirgendwo! Nur wenn Menschen und ihre Gemeinschaften die Chance haben, ihr Leben und die Zukunft ihrer Kinder

in Würde zu gestalten, wird Frieden sein! Nach Zwischenstationen in einem Forschungsinstitut und Arbeitslosigkeit kehrte Johannes Schöche 1995 für ein Jahr nach Afrika zurück. In Mozambique leitete er ein Entminungsprojekt. Mit dem Bemühen des 1990 gegründeten internationalen Solidaritätsdienstes SODI e.V. Menschen und Gemeinschaften zu helfen, ihre eigenen Kräfte zu sehen, zu entwickeln und zu stärken, hat Johannes Schöche bei SODI eine Heimat gefunden. Der Solidaritätsdienst-international e.V. will mit seinen derzeit ca. 350 Mitgliedern und vielen Unterstützern auch künftig Partner sein für Gemeinschaften, für Arme und an den Rand von Gesellschaften Gedrängte, will mit seinen Projekten das Selbsthilfepotential stärken und daran arbeiten, Armut aktiv Schritt für Schritt zu überwinden.

Vierteljährlich wird der SODI ! REPORT herausgegeben, u.a. mit Informationen zu Projekten wie „Kriegsfolgen in Vietnam überwinden“, „Trockentoiletten für Namibia“ und humanitären Hilfen für Opfer von Naturkatastrophen. Jungen Leuten wird über Praktika eine Chance geboten, sie können sich zudem in der Kampagnenarbeit von SODI engagieren. Wer mehr über SODI erfahren möchte: <http://www.sodi.de/>

Sabine Behrens

Petra Pau (MdB): Kardinalfehler in der Krise

„Wie sag ich's meinem Kinde?“ Sicher kennen Sie dieses geflügelte Wort. Es fiel mir jüngst öfter ein, wenn ich gefragt werde, woher die aktuelle Finanzkrise kommt und was man dagegen tun könne. Nun könnte ich auf tiefgründige ökonomische Analysen verweisen. Selbst der gute alte Karl Marx ist hilfreicher, als mancher Neugeist wahrhaben will. Aber geht es auch einfacher?

Also betrachten wir zwei Entwicklungen, die alle nachvollziehen können. Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer zahlreicher. Das ist sichtbar und das belegt jede Statistik. Immer mehr des gesellschaftlichen Reichtums verschwindet „Unten“ und wird „Oben“ angehäuft. Das wiederum hat Folgen, die ökonomisch ins Kontor schlagen.

„Unten“ mangelt es an Kaufkraft. Das schwächt die Nachfrage und damit den Binnenmarkt. Unternehmen gehen Pleite, Ar-

beitsplätze werden noch rarer, die Armut wächst, eine Teufelsspirale. „Oben“ werden zugleich Billionen Euro oder Dollar angehäuft. Unproduktives „Spielgeld“ im wahrsten Sinne des Wortes. Es wird rund um die Welt geschickt, von einem Casino zum nächsten.

Beim 5-Euro-Lotto-Tipp wird orakelt, ob er nicht süchtig mache. Das hemmungslose Billionen-Poker aber ist legal, weltweit und hierzulande. Das war politisch so gewollt. Die Guru-Religion dahinter verhiß: Der Markt wird es richten und jeder ist seines Glückes Schmied. Diese Botschaft ist nun geplatzt. Das ist der politische Kern der aktuellen Welt-Krise.

Wir haben es also mit zwei fundamentalen Fehlentwicklungen zu tun: mit einer verheerenden Umverteilungs-Politik von Unten nach Oben und mit einem unverantwortlichen Freibrief für Finanz-Hasardeure. Nehmen wir

einmal an, so oder ähnlich erklären Sie ihrem Kind die akute Misere, deren asoziale Folgen jede und jeden treffen können und noch mehr verarmen werden.

Bleibt die Frage: „Was nun?“. Und genau da erweisen sich die Zig-Milliarden-„Konjunkturpakete I und II“ der Bundesregierung als pure Verschleuderung. Kurzfristig vielleicht Schmerz lindernd, aber die Epidemie bleibt. Denn bislang wurde die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums von Unten nach Oben nicht umgekehrt. Und auch die Lizenz zum Geldverbrennen gilt nach wie vor.

DIE LINKE hat übrigens nachgefragt, wer von den Steuererleichterungen aus dem „Konjunktur-Paket II“ profitiert. Die Antwort der Bundesregierung: Geringverdiener werden um 145 Millionen Euro entlastet. Für Gut- und Bestverdiener schlagen 1.500 Millionen Euro zu Buche. Sie sehen: „Wie sag ich es meinem Kinde“ ist manchmal ganz einfach - und noch immer schlimm.

Jetzt Neuigkeitenbrief bestellen: <http://onysix.de/petrapau/>

Bürgerversammlung in Mahlsdorf-Nord

In den vergangenen zwei Jahren haben sich die Fraktion der LINKEN im Abgeordnetenhaus, die Fachgruppe Wasser/ Abwasser im VDBG und andere gesellschaftliche Kräfte in guter Zusammenarbeit mit den Berliner Wasserbetrieben (BWB) engagiert für die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungsplanes für Berlin, nach dem u.a. Mahlsdorf/Nord bis spätestens 2015 an die zentrale Kanalisation angeschlossen werden soll.

Darüber sollten die Bürger des betroffenen Gebietes aus erster Hand informiert und gleichzeitig der Fortgang der Arbeiten kontrolliert werden, damit zusammenhängende Probleme besprochen und Fragen der Anzuschließenden beantwortet werden.

Im Gemeindesaal der Kreuzkirche, Albrecht-Dürer-Straße, trafen sich am 20. Januar unter der Moderation von Regina Kittler, Vorsitzende des Ausschusses für Siedlungsgebiete und Verkehr der BVV, Uwe Doering und Carl Wechselberg von der LINKEN im Abgeordnetenhaus, Klaus-Jürgen Dahler, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der BVV, die Herren Piegsa und Kreis von den Berliner Wasserbetrieben, Herr Beisert und Frau Rettig vom VDBG; Herr Gräff, Bezirksstadtrat, und ich mit ca. 70 Bürgerinnen und Bürgern.

Uwe Doering würdigte die gute Zusammenarbeit mit dem VDBG, der Pankower Bürgerinitiative und deren Vertretern, Herrn Roland und Herrn Stattkewitz (CDU) und unserem Bezirk.

Herr Piegsa berichtete über den Baufortschritt, der nach der schwierigen S-Bahnun-

terquerung im Plan liegt, 13,9 km Kanal (8,5 Mio. Euro) sollen schon 2012 fertiggestellt sein. Einige Schwierigkeiten gibt es mit Verkehrsflächen, die sich in Privatbesitz befinden, hier bitten die BWB um Unterstützung der Versammlungsteilnehmer durch Einflussnahme auf die Besitzer solcher Flächen, um den weiteren zügigen Ablauf nicht zu behindern.

Wichtig waren seine Hinweise auf die Kosten, wer gleich anschließen lässt zahlt bei 20 m Grundstückbreite an der Straße und 8 m Vorflutleitung rd. 4.670 EUR, bei nachträglichem Anschluss sind rd. 6.950 EUR fällig.

Herr Beisert hebt hervor, dass die politische Unterstützung aus dem Abgeordnetenhaus die Planfortschreibung erst ermöglicht hat und vielleicht wird es auch noch gelingen, für die z. Zt. nicht anschließbaren Grundstücke von ca 4.000 Einwohnern in Siedlungsgebieten Berlins umweltverträgliche und bezahlbare Lösungen zu finden. Praktische Erläuterungen gibt Frau Rettig mit Hinweis auf die Beratungen im VDBG-Zentrum in der Köpenicker Annenallee und der Verteilung von Informationsmaterial.

Und nicht zuletzt musste der Haushälter Carl Wechselberg Fragen nach Mitteln für den Straßenbau aus dem sog. Konjunkturpaket beantworten. Dafür gibt es nichts, den Vorrang haben mit 65 % der Mittel Schulen und Wissenschaft, sowie die öffentliche Infrastruktur mit 35 %.

Sehr informativ waren die mit Bildern unteretzten Ausführungen von Herrn Limberg,

Geologe in der Senatsverwaltung f. Gesundheit, Umwelt u. Verbraucherschutz. Damit erklärte er das Problem „Wasser im Keller“ und wies besonders für Bauwillige auf die Informationspflicht über Grundwasserstände vor Baumaßnahmen hin. Er empfiehlt die Broschüre „Grundwasser in Berlin“ und bietet die Beratung durch sein Amt an.

Fragen der Versammlungsteilnehmer - wie z.B.: wer ist für die Straßenentwässerung zuständig; sind Auswechslungen von Frischwasserleitungen geplant; wann sollte der Antrag auf Kanalanschluss gestellt werden; wer beseitigt Baumängel nach Deckenschluss beim Kanalbau - konnten sofort beantwortet werden.

Am Ende wurden auch noch Fragen zum Schornsteinfegergesetz gestellt, ein Dauerbrenner im Siedlungsgebiet. Dies erfordert aber eine neue Veranstaltung. Hier geht es um Bundesgesetzgebung, dazu müssen noch andere Gesprächspartner an den Tisch geholt werden.

Ein Dank an alle Akteure und die Kirchengemeinde, welche ihren Raum für die Bürgerversammlung bereitstellte.

Eberhard Roloff

Soldatin?

Einst meinte man, dass Arzt und Lehrer, Minister und Kapitalist genau wie Koch und Straßenkehrer nur ein Beruf für Männer ist.

Heut sind längst Frauen in den Berufen, zumeist noch für zu wenig Lohn. Für jene, die das Wunder schufen, heißt so was Emanzipation.

Warum soll also auch das Mädel nicht wie ein Mann in Kriege ziehn? Mit Stahlhelm auf dem blonden Schädel und Flak-Granaten auf den Knien?

Dies Bild macht mir das Großhirn picklig, Ich find das furchtbar, meine Herrin! Obwohl ich weiß, es ist nicht schicklich, den Frauen Wege zu versperrn.

Ich schätz die Frau als Diplomatin. Grad jetzt ist eine Chef im Staat. Doch Frau im Kriege als Soldatin? Dafür ist sie mir viel zu schad.

Versucht mich nicht zu agitieren, Soldat sei schön für Frau UND Mann. Ich lass mich doch nicht kritisieren, bloß weil ich Krieg nicht leiden kann.

Wolfgang Reuter

Die Gewerkschaftspolitische Konferenz der LINKEN ...

... 2009 findet am 6./ 7. Februar in Peine (Niedersachsen) statt. Dieser schließt sich ein erstes auswertendes Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft (Ausrichterin der Konferenz) am Sonntagmorgen an. Anteil an Vorbereitung und Durchführung haben die Berliner AG B&G-Genoss(Inn)en u. a. Heidi Kloor(ver.di), Ralf Rippel (IG BAU) und Susanne Danowski (transnet).

Weil diese Konferenz inhaltlich auf die Vorbereitung der EU-Wahlen ausgerichtet ist, sind folglich der Vertrag von Lissabon, die EU-Dienstleistungsrichtlinie, das Flexicurity-Konzept der EU-Kommission, europäische Tarifverträge und die Vernetzung von Gewerkschaften unter dem Dach des EGB vorrangige Themen.

Als Referenten haben Sahra Wagenknecht (MdEP), Dieter Dehm(MdB; EU-politischer Sprecher DER LINKEN), Ulrike Zerhau (Stv. Parteivorsitzende), Sabine Wills (Bundessprecherin AG B&G) und Horst Schmitthenner(IG Metall) zugesagt.

Unter der Prämisse „Europa ja – Sozialdumping nein“ (IG BAU-Motto) diskutieren am

Samstagnachmittag vier Arbeitsforen parallel folgende Themenkomplexe:

1. Gegen Privatisierung – für Rekommunalisierung. (Auseinandersetzung am Beispiel von Häfen)
2. Für eine qualifizierte Berufsausbildung in Europa. (Gegen Privatisierung und für EU-gleiche Standards).
3. EU-Betriebsräte – europäische Tarifverträge – Streikrecht. (Wie ist Hintertreibungen durch die Konzerne entgegenzuwirken)
4. Gegen Privatisierung der Eisenbahnen – für den Erhalt sozialer Standards (Unterschiedliche Erfahrungen in verschiedenen Ländern) Wir erwarten Gäste aus dem In- und Ausland, darunter wie in jedem Jahr unsere altbekannten Österreicher, Griechen, Dänen und Franzosen. Die beiden Abende werden wieder gemeinsam verbracht - mit Musik, Lyrik und Prosa – weshalb wir uns schon in doppelter Hinsicht auf Dieter Dehm freuen.

Bernd-R. Lehmann (AG B&G/ IG BAU)

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Die erste Sitzung der BVV im Jahr 2009 begann mit einer Gedenkveranstaltung anlässlich des Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz. Vor der Sitzung fand traditionell eine Zusammenkunft von VertreterInnen der BVV, des Bezirksamtes sowie Mitgliedern des VVN-BdA statt. Daran nahmen u.a. auch die Vizepräsidentin des Bundestages, Petra Pau, teil. Hans Coppi, Vorsitzender des VVN-BdA, sprach zur Eröffnung der BVV und mahnte, dass es auch weiterhin auf das tägliche Engagement der Menschen gegen Rechtsextremismus ankomme. Er forderte eine Neuaufgabe des NPD-Verbotsverfahrens.

Schwerpunkt der Januar-BVV war die Situation am Elsensee. Aus fast allen Fraktionen wurden hierzu Anfragen gestellt. Bezirksstadtrat Norbert Lüdtke machte deutlich, dass sein Fachbereich darum bemüht ist, die Sorgen und Ängste der AnwohnerInnen ernst

zu nehmen. Das Thema wird den Bezirk sicher noch einige Zeit beschäftigen, bevor am Elsensee eine geplante Badestelle entstehen wird.

Ebenfalls stand das Thema Bildung zum wiederholten Mal auf der Tagesordnung. In einer Großen Anfrage erkundigte sich die Linksfraktion, welche Auswirkungen eine neue, vom Senat bereits geplante, Schulstruktur auf den Bezirk haben werde. Bildungsstadtrat Komoß zeigte auf, dass eine Zusammenlegung der Haupt-, Real- und Gesamtschulen ein erster richtiger Schritt in Richtung einer gerechteren Struktur sei. Die Linksfraktion sieht jedoch als wirkliches Ziel die Etablierung flächendeckender Gemeinschaftsschulen. Nur so lasse sich Bildungsgerechtigkeit herstellen. Auch eine Zweigliedrigkeit, wie vom Senat geplant, stütze immer noch die Selektion von Schülerinnen und Schülern, so die Fraktion.

Im weiteren Verlauf beschloss die BVV mehrheitlich, den zügigen Bau der geplanten Grundschule in Biesdorf zu unterstützen. Nach Auffassung der Linksfraktion bestünde hierbei jedoch eine große und wichtige Chance, einen solchen Neubau gleich als Gemeinschaftsschule zu konzipieren. Dafür wird sich DIE LINKE im Bezirk künftig verstärkt einsetzen.

Bjoern Tielebein

Infosplitter

Es gibt viel zu feiern!?

Das Jahr 2009 hält bekanntlich zahlreiche Jubiläen bereit. In unserem Bezirk wird an seine Gründung vor 30 Jahren erinnert. Am 5. Januar 1979 offiziell mit den Ortsteilen Marzahn, Biesdorf, Mahlsdorf, Kaulsdorf und Hellersdorf gegründet, wurden am 1. Juni 1986 die Ortsteile Hellersdorf, Mahlsdorf und Kaulsdorf wieder ausgegliedert und der Bezirk Berlin-Hellersdorf gegründet, seit dem 1.1. 2001 sind wir wieder ein Bezirk, für immer, wer weiß.

Das Bezirksamt hatte am 5. Januar 2009 zu einer Feststunde eingeladen. Der stellvertretende Bürgermeister von Berlin, Harald Wolf, und Bürgermeisterin Dagmar Pohle würdigten das Ereignis mit durchaus widersprüchlichen Entwicklungen und Ergebnissen. Beide hoben vor allem das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für „ihren Bezirk“ hervor. Einmischen ist durchaus gefragt, dass das nicht immer eine einfache Sache für alle Beteiligten ist, daran hat sich in den 30 Jahren seit Gründung des Bezirkes kaum etwas verändert. Mitgestaltet wurde die feierliche Stunde vom Jugendsinfonieorchester Marzahn-Hellersdorf, der Ballettschule Szilvia Wolf, dem Rap-Duo C.N.R.C., dem Hellersdorfer Kinder- und Jugendchor und dem Zirkus Springling.

Neues Stadtteilzentrum - jung und älter unter einem Dach

Am 10. Januar 2009 konnte das neue Stadtteilzentrum „Kompass“ am Feldberger Ring, eröffnet werden. Neben VertreterInnen von Politik und Verbänden, unter ihnen Bürgermeisterin Dagmar Pohle und Stadträtin Manuela Schmidt, waren mehr als 100 Bürgerinnen und Bürger zur Eröffnung gekommen. In dem neuen Haus unterbreiten eine Jugendfreizeiteinrichtung und das Stadtteilzentrum, das vom Klub 74 betrieben wird, ihre vielfältigen Angebote, Freizeitgestaltung, Beratung, Betreuung, Weiterbildung. Im Haus befindet sich ein Cafe, ein größerer Veranstaltungsraum, ein Toberaum für kleinere Kinder und eine Werkstatt, Räume für Feste und Familienfeiern sind vorhanden.

Renate Schilling

Aus der Bezirksgeschichte

Vor 34 Jahren: 1.2. - 15.3.1974

Der Berliner Magistrat und das Ministerium für Bauwesen schreiben einen internen städtebaulichen Ideenwettbewerb für den Stadtteil Biesdorf/Marzahn aus.

Vor 31 Jahren: 24.2.1978

In der künftigen Marchwitzastraße im Wohngebiet 1 wird die erste Klubgaststätte Marzahns eröffnet. Sie ist die zehnte dieses Typs in Berlin und erhält den Namen „Biesdorfer Kreuz“.

Vor 30 Jahren: Februar 1979

Der Berliner Magistrat beschließt die Aufgabenstellung für das Wohngebiet Kaulsdorf-Nord. Für diesen Wohnkomplex mit 5.500 Wohneinheiten erarbeiten Architekten aus Berlin, Neubrandenburg, Rostock und Schwerin eine Bebauungskonzeption.

Vor 24 Jahren: 1.2.1985

An der Marzahner Promenade 30 wird die Klubgaststätte mit Tanzrestaurant „Zur Promenade“ eröffnet.

Vor 22 Jahren: 3.2.1987

In der Allee der Kosmonauten 67 am Helene-Weigel-Platz wird der „Klub 2000“ eröffnet.

23.2.1987: In der Suhler Straße 35-37 wird ein Ambulatorium mit zwei Pavillons eröffnet, es bestehen je zwei Arbeitsplätze für Kinderärzte, Zahnärzte und Allgemeinmediziner.

Vor 21 Jahren: 15.2.1988

In Alt-Marzahn 55 öffnet in einer umgebauten Scheune der ehemaligen Gärtnerei Lamprecht die nach dem Biesdorfer Kunsthistoriker und -kritiker benannte „Heinz Lüdecke-Bibliothek“.

16.2.1988

Die HO-Gaststätte „Alte Schäferei“ am Haveländer Ring wird eröffnet. Das von Potsdamer Bauleuten erbaute Gebäude beherbergt eine

Bierstube, ein Restaurant und einen Veranstaltungssaal mit 220 Plätzen. Die Gaststätte wird auch von den beiden benachbarten Oberschulen für die Schulspeisung genutzt.

Vor 20 Jahren

2.2.1990

Die Gebäude und Einrichtungsgegenstände der ehemaligen SED-Parteischule „Franz Mehring“ in Biesdorf werden durch den PDS-Partei Vorstand an die Zentralklinik für Psychiatrie und Neurologie „Wilhelm Griesinger“ am Brebacher Weg 15 übergeben.

5.2.1990

Die mit mehrjähriger Verzögerung fertige gestellte Poliklinik „Theodor Brugsch“ in der Erich-Glückauf-Straße nimmt mit den Abteilungen Pädiatrie und Stomatologie ihre Tätigkeit auf.

Vor 18 Jahren: 1.2.1992

Die S-Bahnhöfe Bruno-Leuschner-Straße, Otto-Winzer-Straße und Karl-Marx-Straße werden in Raoul-Wallenberg-Straße, Mehrower Allee und Poelchaustraße umbenannt.

1.2.1992

Umbenennung der Albert-Norden-Straße in Cecilienstraße

Vor 12 Jahren: 6.2.1997

Am Standort der ehemaligen Klubgaststätte „Stadt-Wappen“ in der Mehrower Allee wird nach zweijähriger Bauzeit das Einkaufszentrum „Plazza Marzahn“ eröffnet.

Vor 8 Jahren: 22.2.2001

Das 4. Gymnasium Berlin-Hellersdorf, Kummerower Ring, erhält den Namen: Ludwig-Mies-van-der-Rohe-Oberschule.

Vor 7 Jahren: 5.2.2002

Verleihung des Namens Peter Weiss an die Alternative Bibliothek Hellersdorf in Anwesenheit der Witwe.

Initiative für Kulturarbeit in Berlin

Seit Sommer 2008 wird in Berlin ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS) Kultur mit zunächst 300 Stellen aufgebaut. Er bietet Menschen, die zwei Jahre arbeitslos sind und ein Jahr Leistungen nach Hartz IV (ALG II) bezogen haben, eine dreijährige sozialversicherungspflichtige Tätigkeit im kulturnahen Bereich. Der Senat stockt die Bundesmittel (Kommunal-Kombi) soweit auf, dass bei 30 – 40 Wochenstunden ein existenzsicherndes Einkommen (mindestens 1.300 Euro brutto) gezahlt werden kann. Das Programm wird über Förderband e. V. Kulturinitiative Berlin umgesetzt, die Projektauswahl erfolgt durch einen Fachbeirat. Der ÖBS Kultur stärkt mit ca. 6,5 Mio. Euro p.a. in erster Linie die kulturelle Infrastruktur und die Kunst- und Kulturvermittlung in den Berliner Bezirken.

Mit der Initiative reagiert der rot-rote Senat auf die erschreckend hohe Anzahl arbeitsloser, qualifizierter Kulturarbeiter/innen in der Stadt, auf die rapide Sparpolitik in den Bezirkshaushalten und auf die in den letzten Jahren erfolgte dramatische Abwertung öffentlich geförderter Beschäftigung.

Die Kulturmetropole Berlin war zu keinem Zeitpunkt ohne Kultur- als Arbeitsförderung denkbar. Vor 1990 waren in West-Berlin AB-

Maßnahmen übliche Formen der kulturellen Projektförderung, in Ost-Berlin gab es ein breites staatliches Auftragswesen für Kultur und Kunst. Unmittelbar nach 1990 durften sich früher freiberuflich tätige ostdeutsche Künstler/innen arbeitslos melden und konnten so von der massiven Arbeitsförderung des Bundes profitieren. Zwischenzeitlich wurden so schätzungsweise allein im Ostteil der Stadt ca. 1.000 zusätzliche Kulturstellen geschaffen. Eine enorme Produktivkraft im Transformationsprozess! Die kreative Stadt hatte ihre gemeinwirtschaftliche Grundlage. Der dumme Spruch, Berlin sei „arm, aber sexy“ verdrängt genau dies: die enormen Transferleistungen des Bundes in den 90er Jahren und die lokalen Eigenanstrengungen bei der Verknüpfung von Kultur- und Arbeitsförderung. Und er verharmlost die Situation der mittlerweile weithin prekär Beschäftigten im Kulturbereich. Denn der neoliberale Umbau und damit der weitgehende Zusammenbruch der Kultur- als Arbeitsförderung traf Berlin mitten in der Phase der rigorosen Sparpolitik nach der Bankenkrise 2001.

Der ÖBS Kultur in Berlin ist eine überaus erfolgreich. Es wird nun darauf ankommen, ihn zu verstetigen und auszubauen.

Thomas Flierl (Mda)

Aus dem Amt: Themenvielfalt und Partnerschaften

Das Jahr 2008 endete interessant in der Bezirkspolitik und der Jahreswechsel gönnte uns nur eine kurze Pause.

Schmerzthema der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ist zur Zeit die Bildungspolitik, die Zusammenlegung von Schulen; den Namen Dahlmann-Schule konnte man schon in den verschiedenen Bezirkszeitungen lesen. Und das Thema ist noch nicht ausgestanden. Was uns auch umtreibt: die Bürgerinitiativen (BI) in Marzahn Nord gegen die Ortsumfahrung, die direkt an den Häusern vorbeigehen soll, die BI gegen den Abriss der Ringkolonnen.

Die BVV diskutiert über einen Sportausschuss, den Antrag der SPD, einen Ausschuss für Bildung und Sport zu gründen. Das ist ist nicht die linke Intention, wir möchten einen extra Sportausschuss. Nun liegt eine neuer Antrag vor.

Die BVV diskutiert nun endlich in den Ausschüssen über ein neues Jugendparlament, mit neuen Voraussetzungen und neuen Rahmenbedingungen, die hoffentlich die Schwächen der beiden vorausgegangenen Wahlperioden der JBVV ausmerzen. Ich werde hier weiter davon berichten.

Der Haushaltsplan für die Jahre 2010 und 2011 wirft seine Schatten voraus. Im September sollen wir unseren Plan an das Abgeordnetenhaus abgeben, das ist kurz nach der sitzungsfreien Sommerpause und das

wird schwierig, uns inhaltlich mit den Zahlen und unseren Zielen auseinanderzusetzen. Ich habe mich an das Abgeordnetenhaus gewandt mit der Bitte, uns bis Oktober Zeit zu geben.

Kurz zu meinem Amt als Vorsitzende des Städtepartnerschaftsvereines: 2009 wird der 15. Bezirk Budapests aktiv am Biesdorfer Blütenfest teilnehmen, das Blütenfest wird ungarisch: kulturell und kulinarisch. Am 30.3. wird eine Gemäldeausstellung eines Tycher Malers im Schloss Biesdorf eröffnet. Am 2. Mai könnte man an der langen Nacht der Musik in Lauingen, Bayern, teilnehmen, und im Juni können Politiker, aber auch interessierte Bürger, mit einem Bus zum zehnjährigen Jubiläum der Städtepartnerschaft Lauingen-Marzahn-Hellersdorf fahren. Im Februar gibt es ein Jugendtreffen mit Minsker Jugendlichen bei uns, an der auch Marzahn-Hellersdorfer Jugendliche teilnehmen können und eine Zeitung über den Bezirk verfassen. Mit unserer polnischen Partnerstadt Tychy gibt es regelmäßigen Jugendaustausch und bald in Tychy ein Marzahn-Hellersdorf-Tycher Autohaus. Weitere Projekte mit allen Städten laufen und die Aktivitäten nehmen nicht ab, und das finde ich super.

Petra Wermke, DIE LINKE
Vorsteherin der BVV

Kurz berichtet:

Aus dem Bezirksvorstand

- Der Bezirksvorstand hat Petra Pau erneut als Bundestags-Kandidatin für den Direktwahlkreis Marzahn-Hellersdorf vorgeschlagen. Inzwischen fand die VertreterInnen-Versammlung im Hellersdorfer Kulturforum unter Teilnahme sehr vieler Gäste statt, Petra wurde mit 43 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen gewählt. Der Bezirksverband übernimmt damit eine Verantwortung für die politische Grundlage, die Marzahn-Hellersdorf auch künftig für Petras bundesweites politisches Agieren darstellen wird.

- Die Gemeinschaftsschule als eine individuell fördernde Schule für alle war Gegenstand beider Sitzungen des Bezirksvorstands. Entscheidungen des Berliner Bildungssenators führten zu Diskrepanzen zwischen SPD und LINKE, die bei uns im Bezirk Unstimmigkeiten zur Folge haben. Manuela Schmidt informierte über Positionen und Aktivitäten unserer BVV-Fraktion; Vorschläge zur inhaltlichen Diskussion werden dem Landesvorstand unserer Partei übergeben. Der Landesvorstand hat inzwischen entschieden, einen Sonderparteitag zur Bildungspolitik für den 28. März einzuberufen. An den Beratungen zu diesem politisch bedeutsamen Thema nahmen auch Klaus-Jürgen Dahler und Ute Thomas teil. In Regie der BVV-Fraktion wird eine Anhörung mit Eltern, Schülern, Verbandsvertretern stattfinden.

- Nach der Liebknecht-Luxemburg-Demo: Teilnahme und Verlauf wurden von den Mitgliedern des Bezirksvorstands positiv gewertet. Was den Stein für die „Opfer des Stalinismus“ betrifft, so wurden keine besonderen Aktionen registriert. Man kann das so werten, dass es keine Provokationen gab, der Stein ist zur Selbstverständlichkeit geworden. Das heißt nicht, dass die Diskussion beendet ist.

- Norbert Seichter informierte über seine Teilnahme an der Mitgliederversammlung der Basisgruppe Marzahn-Nord, die von Vorwürfen an den Bezirksvorstand geprägt war. Durch Norbert Seichters Information veranlasst, hat der Bezirksvorstand das Thema „Innerparteiliche Kommunikation“ in den Plan der Bezirksvorstandssitzungen aufgenommen.

- Wir diskutierten über die Lage im Nahen Osten und sind zu dem Schluss gekommen, dazu eine separate Veranstaltung durchzuführen.

Wilfried Maier

Gefunden bei <http://zitate.net>

Wer die Freiheit aufgibt,
um Sicherheit zu gewinnen,
wird am Ende beides verlieren.

Benjamin Franklin
17.01.1706 - 17.04.1790
US-Staatsmann, Ökonom
und Naturforscher

Bildungspolitische Debatten

Die Bildungspolitik im Land Berlin ist zurzeit wieder verstärkt in der Diskussion.

Gemeinschaftsschule, Regionalschule, Sekundarschule, Auflösung von Hauptschulen, Schließung von Sonderschulen – wer sieht da noch durch?

Schüler, Eltern und vor allem Pädagogen sind verunsichert. In Marzahn-Hellersdorf haben wir einen beschlossenen Schulentwicklungsplan. Aber auch an uns werden die politischen Veränderungen nicht vorbeigehen.

Im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport der Bezirksverordnetenversammlung haben wir deshalb beschlossen, diese Diskussion im Bezirk zu führen. Mit dem zuständigen Bezirksstadtrat und den Vertretern der Außenstelle der Senatsverwaltung wird der

Ausschuss eine Anhörung durchführen. Dazu werden wir die Betroffenen rechtzeitig einladen.

Für die Bildungspolitik der LINKEN bleibt die Gemeinschaftsschule weiter das wichtigste Projekt, denn sie ist die Schule der Zukunft. Umso bedauerlicher war aus unserer Sicht die Entscheidung im Bildungsausschuss, dass ein Schulneubau in Biesdorf nicht gleich als Gemeinschaftsschulstandort geplant wird.

Wir wissen, dass die Schule am Fuchsberg dringend ein neues Gebäude benötigt. Das unterstützen wir auch. Aber wenn die gesamte Schullandschaft in Veränderung ist, sollte eine neue Investition auch eine in die Zukunft sein!

Ute Thomas, DIE LINKE

Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport

Nachdenken

Es ist Sonntag, der 25. Januar, 12 Uhr, ich bin heute morgen aufgestanden, mit dem Vorhaben, nach der Kranzniederlegung die Kolumne zu schreiben. Nun, nach dem Gedenken am Stein für die Zwangsarbeiter auf dem Parkfriedhof Marzahn geht mir das Herz über mit einer ganz anderen Geschichte. Das Gedenken an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27.1. 1945 leitete ich ein mit dem mich sehr beeindruckenden Gedicht von Paul Celan, Die Todesfuge, ein.

An der Ehrung nahmen rund 100 Politiker, darunter eine Reihe Linker, Kameraden der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA), Jugendliche und Bürger unseres Bezirkes teil. Aber das mich beeindruckende geschah nach der Ehrung. Ich ging mit Familie Moldt noch zu einem kleinen Stein in der Nähe des VVN-Steines. Dort liegen die in Plötzensee hingerichteten Antifaschisten. Familie Moldt meinte, sie würde noch einen Freund besuchen. Am Stein von Felix Bobek erzählten sie mir in Kurzform seine Geschichte. Felix Bobek, geboren am 22.8.1898, war ein sehr intelligenter Mann, Physikochemiker (Veröffentlichung: Bestimmung von Oberflächen und Oberflächenänderungen mittels radioaktiver Methoden; 1925), Chemiker für die KPD. Er hatte, so erzählt Sonja Moldt, für die Rote Kapelle Unterlagen auf Mikrofilm gespeichert und an die Sowjetunion übergeben. Er wurde von einem Kameraden verraten, der dennoch am selben Tag, am 22. Januar 1938, hingerichtet wurde und dessen Grabstein neben dem von Felix Bobek liegt.

Seine Frau floh mit den Töchtern in die Sowjetunion. Anna und Eva, so verrät mir Sonja Moldt, kamen in das gleiche internationale Kinderheim in der Sowjetunion wie sie. Dort lernten sie sich kennen und die damaligen Kinder haben bis heute Kontakt.

Ab heute hat der Stein Felix Bobek für mich ein Gesicht, und ich werde ihm in Zukunft eine Blume widmen.

Petra Wermke

Gefunden bei <http://zitate.net>

Jeder kann wütend werden, das ist einfach. Aber wütend auf den Richtigen zu sein, im richtigen Maß, zur richtigen Zeit, zum richtigen Zweck und auf die richtige Art, das ist schwer.

Aristoteles

384 v.u.Z. – 322 v.u.Z.
griechischer Philosoph

Politische Bildung: 30 Jahre Marzahn-Hellersdorf – ein Metropolenraum im Wandel

Am 5. Januar 1979 beschloss die Stadtverordnetenversammlung von Berlin die Bildung des Stadtbezirkes Marzahn. Er bestand damals – und heute wieder – aus den Ortsteilen Biesdorf, Hellersdorf, Kaulsdorf, Mahlsdorf und Marzahn. Dieses Jubiläum war Anlass genug, um im Marzahner Gesellschaftspolitischen Forum eine kleine Veranstaltungsreihe zur Geschichte des Bezirks Marzahn-Hellersdorf zu initiieren. Den Auftakt bildete der Diskussionsabend am 13. Januar mit der Bürgermeisterin Dagmar Pohle. In ihrem Vortrag spannte sie einen weiten Bogen von den ersten Spatenstichen für die Großsiedlung bis zu den aktuellen Problemen der städtebaulichen Umgestaltung, die durch die sozialräumlichen Veränderungen – insbesondere durch die Bevölkerungsentwicklung und den demografischen Wandel – und der veränderten Wirtschaftsstruktur im Bezirk auf die Agenda gesetzt werden.

Mit den Beschlüssen zum DDR-Wohnungsbauprogramm Anfang der 70er Jahre gingen die ersten Planungen von weniger als 50.000 Wohnungen aus. Etwa 30 Prozent der BerlinerInnen waren (nach offiziellen Angaben) damals auf Wohnungssuche. Am Ende der DDR gab es in Marzahn und Hellersdorf über 100.000 Wohnungen und 652 Gesellschaftsbauten – Kitas, Schulen, Einrichtungen des Handels, der Gesundheitsversorgung, der Kultur, Jugendklubs, Bibliotheken, Schwimmhallen... Wer dorthin zog, war froh, keine Kohlen mehr schleppen zu müssen, über die saubere Luft – vor allem für die Kinder – und über das warme Wasser aus der Wand. Die unerquicklichen Begleitumstände (Schlamm

und wenig Grün) der Wohnbaustelle Marzahn waren bald vergessen.

Heute bietet Marzahn-Hellersdorf einen Wohnstandard, der auch unter bundesdeutschen Bedingungen noch nicht überall erreicht ist – „was nicht heißt, dass alles so bleiben konnte, wie es war!“ Mit diesem Fazit kommentierte Dagmar Pohle ihre Bilanz. Denn die Gestaltung dieses Metropolenraums muss den Veränderungen in 30 Jahren, insbesondere in den letzten 20 Jahren Rechnung tragen. 1990 wohnten in Marzahn und Hellersdorf ca. 310.000 Einwohner. Heute sind es 246.000. Dabei ist das Problem nicht der Wegzug, sondern dass es keinen ausreichenden Zuzug gibt. Eine Folge: das Durchschnittsalter hat sich von 24 auf über 40 Jahre erhöht! Heute gibt es nur noch ein Drittel der Schulkinder. Dazu kommt die enorme Verdichtung im Siedlungsgebiet, wo heute etwa doppelt so viel Menschen leben wie vor 1990. Dazu die richtigen kommunalpolitischen Antworten zu finden, ist eine echte Herausforderung. Vor 1990 waren die Kapazitäten und das Material knapp – heute ist es das Geld!

Dagmar Pohle hat mit großer Sachkunde und Geduld alle Fragen aus dem Publikum beantwortet: nach dem Wirtschaftsstandort, nach der Zukunft des TaP und der Ring-Kolonnen, nach dem Bezirksnamen „Wuhletal“, nach dem Bündnis für Arbeit und Wirtschaft... Am Ende des Abends stand der Eindruck: Bei dieser Frau ist das Amt in guten Händen!

Dr. Wolfgang Girnus

Zur geplanten Einrichtung einer zentralen Schülerinnendatei

Seit Ende 2008 wird in Berlin über die Einführung einer zentralen Schülerinnendatei diskutiert. Nach öffentlichem Diskurs und internen Verhandlungen wurde der erste Entwurf nunmehr soweit verändert, dass auch Vorschläge von Kritikerinnen dieser Datei aufgenommen wurden. Auf dieser Seite möchten wir Befürworterinnen und Gegnerinnen der geplanten zentralen Schülerinnendatei Raum für ihre Argumente geben.

PRO

Der Landesausschuss der Partei DIE LINKE. Berlin beschloss nach einer Anhörung der Abgeordnetenhausfraktion mit Datenschützerinnen und Kritikerinnen des geplanten Projektes am 9. Januar 2009 einen Antrag, der die Einführung einer Schülerinnendatei unter benannten Bedingungen befürwortet. Im Beschluss heißt es:

„Berlin investiert nach Hamburg am meisten in die Bildung. In der Lehrerausstattung liegt Berlin im bundesweiten Vergleich mit an der Spitze. Dennoch kommt es aufgrund mangelhafter Schulorganisation immer wieder zu Defiziten und Ausfall, gerade auch am Schuljahresbeginn. Deshalb ist es notwendig,

- die Organisation der Schulen zu verbessern, ihre Ausstattung transparenter und genauer zu machen,

CONTRA

Die Initiative „safer privacy“ hat ein Bündnis gegen die Einführung dieser Datei gegründet. Diesem gehört auch die Linksjugend [solid] Berlin an. Mit öffentlichen Protestaktionen soll auf die Gefahren der Zentralisierung dieser Daten von immerhin allen Schülerinnen Berlins hingewiesen werden. Im Aufruf der Kampagne heißt es:

„Die „Schülerdatei“ schafft ein Klima der Kontrolle und Repression und unterminiert damit die Ausübung von Freiheits-, Gleichheits- und Teilhaberechten:

- Die „Schülerdatei“ gefährdet das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit: Wer nicht beeinflussen kann, welche Informationen bezüglich seines Verhaltens gespeichert und weitergegeben werden, wird aus Vorsicht sein Verhalten anpassen. Dies beeinträchtigt nicht nur die individuelle Hand-

- Planungsprozesse so zu gestalten, dass sie auf einer aktuellen und zutreffenden Datengrundlage stattfinden,

- in Zukunft zu vermeiden, dass Doppelmeldungen und falsche Angaben die Planungssicherheit erschweren, die die Schulen für ihre pädagogische Arbeit brauchen,

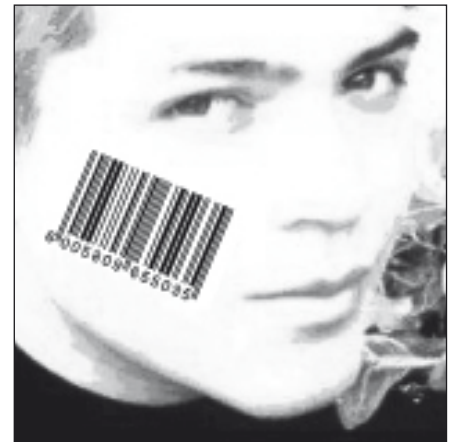
- die Schulverwaltung in die Lage zu versetzen, jederzeit genau nachzuvollziehen, auf wie viele Lehrerinnen und Lehrer, wie viele Erzieherinnen und Erzieher eine Schule Anspruch hat, und dadurch natürlich in die Pflicht setzt, zu reagieren, wenn PädagogInnen fehlen,

- die Schulen davon zu entlasten, wieder und wieder Berichte schreiben zu müssen und doch nicht davon ausgehen zu können, dass Entscheidungen, die über sie getroffen werden, auch tatsächlich auf der Grundlage der von ihnen gelieferten Daten erfolgen.

lungsfreiheit sondern auch das Gemeinwohl, da ein freiheitlich demokratisches Gemeinwesen der selbstbestimmten Mitwirkung seiner Bürger bedarf.

- Die „Schülerdatei“ behindert das Menschenrecht auf Bildung: Sie wird illegalisiert in Deutschland lebende SchülerInnen aus Angst vor Abschiebung vom Schulbesuch abschrecken und ihnen somit Integrations- und Zukunftschancen nehmen, obwohl diese Kinder und Jugendlichen ihre Situation nicht selbst verschuldet haben.

- Die „Schülerdatei“ beschränkt das Recht auf informationelle Selbstbestimmung: Der Schutz des Einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten und das Recht, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen



DIE LINKE.Berlin hält daher die Einrichtung einer automatisierten Schülerdatei für berechtigt, solange und soweit sie in diesem Sinne zu der Verbesserung der Schulorganisation und der Umsetzung der Schulpflicht dient und nicht zu anderen Zwecken, etwa der individuellen Erfassung von Bildungskarrieren oder strafrechtlichen Ermittlungen, eingesetzt werden kann. Der Landesparteitag begrüßt die Ankündigung der Fraktion im Abgeordnetenhaus, im anstehenden Gesetzgebungsverfahren in einen intensiven Dialog mit den Betroffenen und dem Datenschutzbeauftragten zu treten und die Datei wie auch alle geplanten Merkmale einer intensiven Prüfung zu unterziehen.“

Daten zu bestimmen, sind mit der „Schülerdatei“ nicht gewährleistet.

- Die „Schülerdatei“ bedroht den Gleichheits- und den Antidiskriminierungsgrundsatz: SchülerInnen mit Lernschwächen, Migrationshintergrund oder sozialer Benachteiligung werden bereits bei der Schulanmeldung stigmatisiert. Dies schafft, im Sinne einer homogenen SchülerInnenschaft, die Möglichkeit einer Auswahl nach sozialen, ethnischen und Leistungskriterien durch die aufnehmende Schule.

Darüber hinaus weckt jede zentrale Sammlung von Daten Begehrlichkeiten. Missbrauch und Verlust von Daten stehen nicht erst seit dem jüngsten Telekomskandal auf der Tagesordnung. Es ist nicht auszudenken, was passiert, wenn die Datensätze der SchülerInnen in falsche Hände geraten.“

Veranstaltungen

» **10.2. 19 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, **Diskussionsabend** zum Thema: „Gewonnen, und doch verloren. Aufstieg und Ende der Berliner Werkzeugmaschinenfabrik Marzahn“. Ingenieuren wie Prof. Werner Bahmann ist es zu verdanken, dass die DDR zu den führenden Industriestaaten aufstieg. Das war - wie später behauptet - keine Propaganda, sondern nachweisbar, z.B. mit der Berliner Werkzeugmaschinenfabrik Marzahn (BWF). Prof. Bahmann war dort 23 Jahre Chefkonstrukteur und Direktor für Forschung und Entwicklung. Nach der Wende kam auch die östliche BWF in westliche Hände. Als die staatlichen Zuschüsse für diese Privatisierung aufgebraucht waren, wurde die Fabrik 2004 geschlossen. Das ARD-Magazin Monitor berichtete: „Trotz voller Auftragsbücher Verlagerung in die Schweiz...“! Referent: Prof. Dr.-Ing. Werner Bahmann (Dresden), Moderation: Dr. Wolfgang Girus; eine Veranstaltung des Marzahner Gesellschaftspolitischen Forums im Verein Helle Panke e.V., Eintritt: 1,50 Euro

» **11.2., 19 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, und **18.2., 18 Uhr**, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, Carl Wechselberg (Mda), haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der Fraktion der LINKEN im Berliner Abgeordnetenhaus, zu Gast in der **Basisgruppe 86 bzw. 59** zum Thema **Haushaltspolitik in Berlin** u.a.

» **17.2., 19 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, **Gesprächsrunde** zur Entwicklung der Europäischen Linken und zu den bevorstehenden Europawahlen. Gast: Andreas Günther, Mitarbeiter im Büro des Vorsitzenden der Europäischen Linken, Lothar Bisky; offene Basisgruppenveranstaltung

» **25.2., 19 Uhr**, Kulturforum Hellersdorf, Carola-Neher-Straße 1, 12619 Berlin, Petra Pau lädt ein: „**Einer trage des anderen Last**“ mit Heinz Florian Oertel

» **10.3. 19 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, **Diskussionsabend** zum Thema: Die Großsiedlung Marzahn-Hellersdorf - vom Versuch, eine perfekte Großstadt (unter sozialistischen Bedingungen) zu errichten. Die Spur der Steine im Osten Berlins. Pläne - Projektierung - Realität. Erinnerungen, Berichte und Sichten eines „Mittäters“. Der Referent: Joachim Lindner, 1947 in Berlin geboren, ist gelernter Bauingenieur. 1971 bis 1980 war er Planer und Projektleiter im VEB Ingenieur-Hochbau Berlin (IHB), danach Abteilungsleiter Tiefbau für das Zentrum Marzahn. Nach 1990 arbeitete er für wechselnde Auftraggeber in den Bereichen Bauüberwachung und Oberbauleitung.

Hinten links

Bad banker – bad banking – bad bank

Unlängst wurde öffentlich bekannt: Die noch immer schwarze Bilanz des größten deutschen Finanzinstitutes muss wertberichtigt werden - etwas mehr ins „Anthrazitfarbene“. Josef Ackermann lehnt für die Deutsche Bank die Inanspruchnahme staatlicher „Stütze“ - andere haben bisher ca. 100 der 400 Mrd. EUR abgerufen - weiterhin ab, fordert allerdings jetzt vom Bund die Schaffung einer staatlichen „Bad Bank“ (engl.: schlechte Bank).

Bis dato hatten sowohl private wie Volks- und Raiffeisenbanken eigene „Bad Bank“-Töchter speziell dafür gegründet, damit die „Mutterbanken“ und die übrigen Bankfamilienmitglieder ihre faulen Kreditverträge, Wertpapiere etc. auslagern und somit ihre eigenen „Bilanzwesten“ „blütenrein“ halten können.

Nach ihrem „bad banking“ begehren nun die „bad banker“, dass der Bund - auf Kosten von uns Steuerbürgern - den Geschäftsbanken die „faulen Eier“ abkauft. Das nennt sich Teilung von Wagnis und Gewinn - äh... Tausch von Wagnis gegen Gewinn!

Frage

Kann hier noch die Rede sein von „bad banking“ und „bad bankern“? Oder sind - bei so viel Cleverness - Ackermann & Co. einfach nur „bad boys“?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» **10.2. und 24.2.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

- » **4.3.**, 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55
- » **4.3.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3) Alt-Marzahn 64
- » **5.3.**, 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwitzstr. 24/26
- » **5.3.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

IG / Freundeskreis

- » **12.2., 15 Uhr**, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, **IG SeniorInnen**
- » **24.2., 18 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**, Dokumentationsfilm des kubanischen Fernsehens NTC „Die Folgen der Wirbelstürme 2008 Gustav, Ike und Paloma“. Der Film zeigt die verheerenden Schäden, die die Wirbelstürme im gesamten Land angerichtet haben. Dauer des Films: 30 Minuten

VertreterInnenversammlung

» **20.2., 19 Uhr**, KulturGut Marzahn, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, Wahl der VertreterInnen für die LandesvertreterInnenversammlung der LINKEN. Berlin in Vorbereitung der Bundestagswahl 2009

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Sprechstunden

- » **16.2., 18 - 19 Uhr**, **Dr. Gabriele Hiller** (Mda), Kino „Kiste“, Heidenauer Straße 10, 12627 Berlin
- » **17.2., 18.30 - 20 Uhr**, **Wolfgang Brauer** (Mda), **Petra Wermke** (BVV-Vorsteherin), Bürgerzentrum Marzahn-Nordwest (Atrium des Havemann-Centers), Wörlitzer Straße 3 A, 12689 Berlin
- » **23.2., 16 - 17 Uhr**, **Dr. Margrit Barth** (Mda), Kulturzentrum M-Ost, Mehrower Allee 28-30 (Ringkolonnaden), 12687 Berlin, telefonische Anmeldung unter 23252536
- » **25.2., 14 - 16 Uhr**, **Petra Pau** (MdB), Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Anmeldung unter Telefon 99289380
- » **3.3., 12 - 14 Uhr**, **Bärbel Holzheuer-Rothensteiner** (Mda), Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin
- » **jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Klaus-Jürgen Dahler**, **BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN**, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(fon: 54 12 130/9953508 - fax: 99901561)

Offen:

Montag	13 - 17 Uhr
Dienstag	9 - 17 Uhr
Donnerstag	9 - 19 Uhr
Freitag	9 - 15 Uhr

Geschlossen: Jeden Mittwoch

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, fon: 54 12 130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 2.2.2009. Auslieferung ab: 4.2.2009. **Druck:** Eigen- druck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 5.3. und 2.4.2009.